



Die Verkehrsbelastung führt trotz Beschränkungen nach wie vor zu massiven Belastungen der Luftqualität. Foto: Böhm

Trotz 100er und Fahrverbot wird Luft schlechter

Die nach dem Immissionsschutzgesetz vorgesehenen Jahresmittelwerte für die Stickoxidbelastung wurden 2010 an neun der 15 Messstellen überschritten.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Mit dem sektoralen Lkw-Fahrverbot für bestimmte Massengüter wie Schotter reagierte Tirol auf die Luftbelastung im Unterinntal und im Oberland. Gleichzeitig gibt es mit dem schadstoffabhängigen Lufthunderter zwischen Kufstein und Innsbruck bzw. im Oberland Beschränkungen für den Individualverkehr. Doch all diese Maßnahmen helfen nur bedingt. Wurden die im Immissionsschutzgesetz Luft festgelegten Jahresmittelwerte 2009 nur an sieben Messstellen überschritten, so kamen im Vorjahr zwei weitere dazu.

Zwar verbesserte sich an vier Messpunkten der Schadstoffausstoß leicht, doch die Verbesserung konnte nicht mit der vorgeschriebenen Absenkung der Grenzwerte Schritt halten. Für 2010 und 2011 ist ein Jahresmittelwert von 35 Mikrogramm pro Kubikmeter vorgesehen, 2009 waren es noch 40 Mikrogramm. Ab 2012 gelten lediglich 30 Mikrogramm pro Kubikmeter.

Trotz besserer Luft in der Imsterau oder in Imst an der Autobahn hat sich etwa an der Haupttransitachse in Vomp die Situation erneut verschlechtert. Die Stickoxidbelastung erhöhte sich 2010 von 65 auf 67 µg/m³. Apropos Vomp: Dort galt 2009/2010 durchschnittlich acht Stunden am Tag Tempo 100 für Pkw, in den Wintermonaten blinkte

der 100er sogar 13 Stunden täglich an den Überkopfwegweisern auf.

In Gärberbach blieb die Luft mit 50 µg/m³ gleich schlecht, in Kundl stieg der Wert von 55 auf 56 µg/m³. Angesichts dieser Werte verweist Tirol auf notwendige verkehrsbeschränkende Maßnahmen wie das sektorale Lkw-Fahrverbot. Allerdings droht noch vor dem Sommer eine Niederlage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH). Die EU hat gegen das Fahrverbot geklagt, die Generalanwältin plädierte in ihren Schlussanträgen für eine Aufhebung.

Der Klubchef der Tiroler Grünen, LA Georg Willi, appelliert deshalb an die Tiroler Landesregierung, dass sie dem EuGH noch einmal klarmachen müsse, dass das sektorale Fahrverbot Teil eines Maßnahmenbündels sei. „Sollte das sektorale Fahrverbot fallen, erwarte ich mir von Landtagspräsident Herwig van Staa außerdem die Organisation der von ihm angekündigten Protestmaßnahmen auf der Straße.“ Gleichzeitig schlägt Willi vor, sofort mit der Ausarbeitung eines sektoralen Fahrverbots III bzw. an einem Tropfenzähler-System zu arbeiten. „Denn ohne sektorales Fahrverbot bzw. einer Durchsatzbeschränkung von Lkw auf der Inntal-Brenner-Route schnellen die Lkw-Zahlen sich erneut um knapp 200.000 pro Jahr in die Höhe.“

Land droht Strafe von 1,5 Millionen Euro

Die Landesbetriebe stellen zu wenige Behinderte ein. Das Bürgerforum listet Details auf, das Bundessozialamt warnt vor explodierenden Ausgleichstaxen.

Von Miriam Sulaiman

Innsbruck – Die Einstellung von Behinderten ist ein Politikum. Eines dem sich die Bürgerforumsabgeordnete Andrea Haselwanter-Schneider angenommen hat. Die Zahlen sprechen für sich: Das Land hat durchschnittlich 350 unbesetzte Pflichtstellen. Bei der Tilak fehlen rund 100 Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung. Bei den Schulen rund 250. Bei den Landesunternehmen schaut es ähnlich aus: Die Tiwag beschäftigt rund 23 Behinderte zu wenig, die Hypo 12. In allen Unternehmen mit einer Landesbeteiligung von über 12,5% fehlen 23 Stellen.

Für Haselwanter-Schneider ist das empörend: „Man kann nicht sagen, in der allgemeinen Verwaltung erfüllen wir die Quote und dort nicht. Im Gegenteil: Das Land sollte mit gutem Beispiel vorangehen und die Quote übererfüllen.“ Dass man keine Mitarbeiter finde, sieht sie als Ausrede. „Warum schafft es die Steiermark, um 70% mehr anzustellen?“, fragt sie. Das Land verweist hier immer darauf, dass Lehrer und Krankenanstalten mitgerechnet würden. Und LH Günther Platter legt schrift-



Das Land verweist auf getroffene Maßnahmen, um die Behindertenquote im Landesdienst zu erhöhen. Foto: dpa

lich dar: Landesgesellschaften sind angehalten, mehr Behinderte anzustellen. Das sei aber nicht immer nur eine Frage des Willens, sondern hänge auch von den Rahmenbedingungen ab. Ob etwa ein Arbeitsplatz behindertengerecht eingerichtet werden könne.

Einen Sinneswandel erwartet sich aber nun Walter Guggenberger vom Bundes-

sozialamt. Die so genannten Ausgleichstaxen wurden nämlich mit 1. Jänner erhöht. Damit dürfte dem Land im kommenden Jahr eine Rechnung mit Mehrkosten von 450.000 € ins Haus flattern. Derzeit zahlt das Land bereits 936.000 € Strafe für zu wenig beschäftigte Behinderte.

Johannes Pezzei, stv. Landesamtsdirektor, erklärt, dass

sich LR Switak des Problems bewusst sei und dementsprechend Aufträge erteilt hätte. So würde man speziell bei der Tilak darauf achten. „Außerdem haben wir eine versteckte Anzahl an Behinderten, die es zu erheben gilt.“ Das bedeute aber keinesfalls, dass man so versuche, die Quote künstlich hinaufzuschrauben, versichert Pezzei.

Zelltherapien füllen den Schwurgerichtssaal

Innsbruck – Wohl aufgrund des erwarteten Ansturms von interessierten Zuhörern wird der heute beginnende Zelltherapieprozess im Schwurgerichtssaal eröffnet und dort bis auf Weiteres von Richter Helga Moser abgeführt.

Nur Urologe Hannes Strasser muss sich dem Schöffengericht heute stellen. Sein einstiger Klinikvorstand Georg Bartsch wurde ja bekanntlich aus dem Prozess wegen Verhandlungsunfähigkeit ausgeschieden. Angeklagt sind beide wegen Millionenbetruges an der Tilak, indem der Landeskrankenanstalt laut Staatsanwalt Thomas Patterer nicht genehmigte, experimentelle Therapien gegen Inkontinenz als anerkannte Behandlungsmethoden dargestellt und verrechnet wurden. Für beide gilt die



Urologe Hannes Strasser will sich im Prozess rehabilitieren. Foto: Mühlanger

Unschuldsvormutung.

Oberarzt Strasser, seit Längerem suspendiert, hat den heutigen Prozessbeginn nun herbeigeseht: „Ich werde mit Verteidiger Josef Klauzner meine Unschuld beweisen. Zu allen angeklagten Punkten gibt es schon jetzt völlig ent-

lastende Beweise im Straftat. Zusätzlich müssen Zeugen der Tilak ab nächster Woche unter Wahrheitspflicht aussagen. Dann sollte sich herausstellen, dass die Tilak nicht Geschädigte ist, sondern mit den Therapien Millionen verdient!“, äußerte der Urologe vor Prozessbeginn selbstbewusst gegenüber der *Tiroler Tageszeitung*. „Alles andere als eine vollständige Rehabilitation kommt für mich hier nicht in Frage.“

Für Ex-Urologie-Vorstand Georg Bartsch wird Anwalt Dietmar Czernich den Prozess zumindest genau verfolgen. Auch Czernich erwartet sich einiges von der Gerichtsbarkeit, da für ihn „die Ermittlungen nicht fair geführt wurden“. Der Prozess dauert mindestens bis zum dritten August. (fell)

AK nimmt Wirtschaft in die Pflicht

Innsbruck – In regelmäßigen Abständen weist die Schuldnerberatung auf ihre gekürzten Förderungen hin und warnt vor den Konsequenzen. AK-Chef Erwin Zangerl schlug für die Zukunft eine komplette Umstrukturierung der Einrichtung als sinnvolle Lösung vor. Nun nimmt er aber auch die Wirtschaftskammer in die Pflicht: „25 Prozent aller Hilfesuchenden sind ehemalige Unternehmer. Deswegen sollte die Wirtschaftskammer auch einen Beitrag leisten. Wie es den Anschein hat, lehnt die Kammer dies aber ab, was ich sehr bedauere. Denn erst wird die Selbstständigkeit hochgelobt und dann werden die Personen im Stich gelassen.“ WK-Chef Jürgen Bodenseer war für eine Stellungnahme übrigens nicht erreichbar. (mir)

Tirol in Kürze

Lob für Ethikkommission

Innsbruck – Der Fall an der Innsbrucker Urologie ist für SPÖ-Gesundheitssprecherin Schiessling Anlass, auf die Wichtigkeit der Ethikkommission hinzuweisen. Im Zusammenhang mit der Zelltherapie war die Kommission ja nicht befasst worden. „Das war eindeutig ein Fehler“, sagt Schiessling. (TT)



Für LA Schiessling bietet die Ethikkommission Sicherheit. Foto: Böhm

SP will Gesetz über Wegfreiheit

Innsbruck – Im Gegensatz zu anderen Ländern gebe es in Tirol keinerlei landesgesetzliche Bestimmungen, die den freien Zugang ins und in alpinen Gelände gewährleisten, kritisiert LHStv. Hannes Gschwentner. Er sieht das als Armutszeugnis für „das Alpenland Tirol“. (TT)

Mit Motorsäge am Hals verletzt

Zell a. Ziller – Massive Schnittverletzungen am Hals erlitt ein 57-jähriger Zillertaler am Dienstag. Der Mann war im Dachboden mit Ausbauarbeiten beschäftigt, als seine Motorsäge zurückschnellte und ihn an Gesicht und Hals traf. Der Verletzte wurde in die Uni-Klinik geflogen. (TT)

In sieben Meter tiefen Schacht gestürzt

Wörgl – Ein 21-jähriger Schlosser aus Salzburg stürzte am Dienstag aus einer Höhe von ca. 7 m in einen Schacht der Wehranlage des Kraftwerkes Bruckhäusl in Wörgl. Der Arbeiter hörte die Schreie seines Kollegen. Die Feuerwehr konnte den Verunglückten mittels Autokran bergen. (TT)

Wanderer durch Steinschlag getötet

Meran – Beim Partschinser Wasserfall in Südtirol ist ein 60-jähriger Urlauber aus Deutschland gestern tödlich verunglückt. Der Mann wurde beim Wandern von heftigem Steinschlag erfasst und in das darunterliegende Bachbett mitgerissen. Er erlitt dabei tödliche Verletzungen. (TT)